



Rente muss zum Leben reichen

„Das Volk mit der größten Wirtschaft in Europa fürchtet Massenarmut im Alter ...“ schreibt der stellvertretende Chefredakteur R. Tichy der Wirtschaftswoche.

Die Zahlen belegen, dass diese Furcht begründet ist: Von 1986 als die Renten noch 70% des letzten Einkommens betrug, sanken sie bis heute auf 48% und sollen weiter auf bis 41% sinken. Damit liegt Deutschland auf Platz 19 von 21 verglichenen Ländern in der EU.

Nur die Rentner in Polen und Irland haben noch geringere Renten. Die Niederländer dagegen liegen mit fast 100% ihres Erwerbseinkommens als Rente an der Spitze.

Als besonders peinlich muss die Tatsache bewertet werden, dass die sehr niedrige Rente in Deutschland auch durch die ungleiche Bezahlung von Frauen - und Männerarbeit zustande kommt. Frauen erhalten im Durchschnitt 46% weniger Rente als männliche Arbeitnehmer.

In Deutschland wird am längsten von allen verglichenen Ländern in der EU gearbeitet, bis 67 Jahre. Aber: Deutschland hat auch mit die höchste Zahl an alten und hochbetagten Menschen. Dementsprechend muss auch mehr Rente erwirtschaftet werden. Gegenwärtig fehlen mehrere hunderttausend Renteneinzahler, um diese schon bestehende Lücke zu schließen. Sie wird zur Zeit mit Steuermitteln geschlossen.

Da der Anteil der Rentenempfänger aber stetig steigt (noch nie gab es so viele 100 jährige Bürger und die Lebenserwartung der Jungen steigt mit jedem Geburtsjahr) müssen immer mehr Steuermittel aufgebracht werden, die in dieses Rentenloch fließen müssen. Diese Art der Finanzierung hat aber ihre Grenzen!

Außerdem trägt der deutsche Bürger die höchste Steuer- und Abgabenlast. Auch hier kann die Schraube zur Finanzierung der Rente nicht beliebig weiter nach oben gedreht werden. Oder doch? Bisher regt sich noch wenig Widerstand in der Bevölkerung.

Leider ist die Bildung von Vermögen, das im Alter zur Alterssicherung herangezogen werden könnte, in Deutschland auch nicht so selbstverständlich wie in den meisten anderen europäischen Ländern. So legen nur 44% der Deutschen ihr Vermögen in einem eigenen Haus an. Das ist der niedrigste Wert in der EU. Aktien oder Spareinlagen sind für den größten Teil der Bevölkerung auch keine Alternative für eine Geldanlage zur Altersvorsorge, da einfach nicht genug neben dem täglichen Verbrauch für die Rücklage übrig bleibt.

Wer nun denkt, dass der Staat alten Menschen monetär entgegen käme, indem er Rentenunterstützungen durch staatliche Sach- und Dienstleistungen gewährt, wird wieder enttäuscht. Auch hier liegt Deutschland weit hinten im staatlichen Vergleich.

Der deutsche Rentner steht in jeder Hinsicht im Vergleich zu seinen europäischen Alterskollegen schlecht da.

Zur Verbesserung der Situation wird die Maxime vertreten „länger arbeiten und mehr sparen“. Beides hat ein natürliches Ende durch die Gegebenheiten, wie dargestellt wurde. Gleichzeitig wird die durch den Staat prognostizierte Rentenerwartung für die nächsten Jahre weiter gesenkt.

Wie kann der Rückgang der Rente verhindert werden? Wie können wir im europäischen Vergleich mehr Rente für unsere Rentner erwirtschaften?

Blickt man auf die Entstehung der Rente zurück, die 1891 im Deutschen Reich eingeführt wurde, kann man nur bewundernd feststellen, wie es Bismarck gelungen ist, diese Idee einer solidarischen Unterstützung durch Beteiligung der Arbeitgeber und des Staates für alte Menschen durchzusetzen.

Ein vergleichbar weitsichtiger und radikaler Perspektivwechsel ist in dem Flickwerk der bisher verfolgten Modelle nicht erkennbar, auch wenn es ebenso dringend wäre, zu einer Lösung des Problems der Altersarmut zu kommen, wie zu Zeiten Bismarcks.

Die Grundlage dafür ist, dass alle einer Erwerbstätigkeit nachgehenden Menschen, unabhängig davon, ob sie selbstständig oder verbeamtet arbeiten, in die Rentenkasse einzahlen. Dadurch würde ein breiterer Grundstock entstehen und der Durchschnitt der Rente würde steigen. In den vorliegenden Rechenbeispielen in Deutschland kommt diese Lösung nicht vor. Niemand will die hohen Renten und Pensionen derer gefährden, die bezahlt werden können, weil sie nicht durch die Solidarität mit unteren, weniger einkommensstarken Bevölkerungsschichten belastet sind.

Dies ist vielleicht auch deswegen kein Thema, weil 54% der Abgeordneten im Deutschen Bundestag zur Gruppe der Beamten und Selbstständigen zählt, die nie in die gesetzliche Sozialversicherung einzahlen mussten. Sie haben natürlich kein Interesse daran, solidarisch mit anderen, weniger gut gestellten zu sein und entsprechende Gesetze zu erlassen. Auch der mächtige Block der Beamten außerhalb des Bundestages stellt ebenfalls - auch mit seiner starken Interessenvertretung - eine große Hürde dar. Wer will schon seine Privilegien in der Altersversorgung verlieren? Und - aus der Sicht der Abgeordneten gefragt - wer will schon diese Wähler verärgern und in der Folge dann verlieren?

Wie kann das Rentenproblem, die Bekämpfung der Altersarmut gelöst werden? Wo ist die Lobby für die Rentner?

Ist es einem reichen Sozialstaat würdig, Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, in Armut oder als Alternative in demütigender Abhängigkeit von Ämtern für ein paar Almosen zu halten? Und wie viele Menschen wollen im Alter geachtet und wertgeschätzt werden, verbergen ihre Altersarmut und erheben erst gar nicht den Anspruch auf das ihnen zustehende Geld, weil sie sich eben gedemütigt fühlen? Kann es sein, dass immer mehr alte Menschen zur Tafel oder zur Verlosung von Lebensmitteln gehen? Und wollen wir diesen Entwicklungen weiterhin zu sehen?

Junge und alten Menschen sind vom dem Rentenskandal gleichermaßen betroffen. Die Alten verbringen ihren Lebensabend in Armut und ausgeschlossen von Teilhabe an der Gesellschaft. Die Jungen leben mit der Belastung, immer mehr Rentner finanzieren zu müssen und sollen gleichzeitig für ihre eigene Altersversorgung jenseits der Rentenversicherung vorsorgen. Keine Altersgruppe hat davon einen Gewinn! Dieses System wird in absehbarer Zeit kollabieren!

Dr. Gero Kerig
Diplom-Psychologe
Fürsprecher für psychisch Kranke und ihre Angehörigen im Landkreis Freudenstadt

Freudenstadt, im Februar 2020